

Antworten des Landesverbandes DIE LINKE Brandenburg auf die Wahlprüfsteine des Verbandes Familienarbeit e.V.

1. Wie will Ihre Partei in Zukunft über den Bundesrat das zu Lasten der Familien bestehende Ungleichgewicht im „Generationenvertrag“ korrigieren?

Unsere Ansätze zur Korrektur des Ungleichgewichts im Generationenvertrag zielen darauf ab, die finanzielle und soziale Belastung von Familien zu reduzieren und eine gerechtere Verteilung der Lasten und Ressourcen zwischen den Generationen zu erreichen. Dies umfasst sowohl finanzielle Unterstützung für Familien als auch strukturelle Reformen in der Renten- und Arbeitsmarktpolitik. Konkret hat DIE LINKE eine Reihe von Vorschlägen und Konzepten entwickelt, um das Ungleichgewicht im "Generationenvertrag" zu korrigieren, das zu Lasten von Familien besteht. Für die Umsetzung folgender Forderungen machen wir uns im Bundesrat stark:

1. Bessere finanzielle Unterstützung für Familien

DIE LINKE fordert eine deutliche Erhöhung des Kindergeldes und eine universelle Kindergrundsicherung. Ziel ist es, die finanzielle Belastung von Familien zu verringern und sicherzustellen, dass Kinder nicht in Armut aufwachsen. Eine Kindergrundsicherung würde unabhängig vom Einkommen der Eltern gezahlt werden und so soziale Ungleichheit mindern.

2. Rentenreform

DIE LINKE setzt sich für eine Rentenreform ein, die ein würdevolles Leben im Alter für alle Menschen gewährleistet. Konkret schlagen wir für den Ausbau der gesetzlichen Rente folgendes vor:

- Zeiten der Kindererziehung und Pflege müssen stärker in der Rentenberechnung berücksichtigt werden. Dies soll dazu beitragen, dass insbesondere Frauen, die oft diese Aufgaben übernehmen, im Alter besser abgesichert sind.
- (Auch rückwirkend) werden für jedes Kind drei Entgeltpunkte auf dem Rentenkonto gutgeschrieben.
- Die gesetzliche Rente muss den Lebensstandard sichern. Als Sofortmaßnahme wollen wir das gesetzliche Rentenniveau auf 53 Prozent anheben.
- Rentenalter absenken: Beschäftigte müssen ab 65 abschlagsfrei in die Rente gehen können, sowie mit 60 Jahren nach 40 Beitragsjahren. Kein Arbeiten bis zum Umfallen! Keine weitere Erhöhung der Regelaltersgrenze!
- Wir wollen eine solidarische Mindestrente von 1.250 Euro und den Zugang zu Erwerbsminderungsrenten erleichtern.
- Wer durch Erwerbsarbeit krank wird, darf nicht noch niedrige Renten zu fürchten haben. Die Rentenabschläge wollen wir komplett streichen.
- Wir fordern eine Rentenversicherung für alle: Auch Beamte, Politiker*innen und Selbstständige zahlen in die gesetzliche Rentenversicherung ein. Wir machen sie zu einer Solidarischen Erwerbstätigenversicherung.
- Wir werden die Beitragsbemessungsgrenze anheben: Wer 10.000 Euro im Monat verdient, soll auch für 10.000 Euro Beiträge zahlen. Rentenansprüche über dem Doppelten des Durchschnittsniveaus sollen dabei abgeflacht werden.

3. Mehr Investitionen in Bildung und Betreuung

Investitionen in hochwertige Bildungs- und Betreuungsangebote sollen Familien entlasten und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie verbessern. DIE LINKE fordert u.a. kostenfreie Bildung von der Kita bis zur Universität und den Ausbau von Ganztagschulen.

4. Familienarbeitszeit

Die Einführung einer Familienarbeitszeit soll Eltern ermöglichen, die Arbeitszeit flexibel an die Bedürfnisse ihrer Familie anzupassen, ohne finanzielle Einbußen hinnehmen zu müssen. Dadurch soll die Balance zwischen Erwerbsarbeit und Familienleben verbessert werden.

5. Umverteilung und gerechte Besteuerung

DIE LINKE setzt sich für eine stärkere Besteuerung hoher Einkommen und Vermögen ein. Eine Vermögenssteuer und eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes sollen dazu beitragen, die sozialen Sicherungssysteme nachhaltig zu finanzieren und das Ungleichgewicht zu verringern.

6. Förderung von sozialer Infrastruktur

DIE LINKE möchte die soziale Infrastruktur, wie Gesundheitsversorgung und Pflege, ausbauen und zugänglich machen. Ziel ist es, Familien zu entlasten und eine umfassende Versorgung sicherzustellen.

7. Arbeitsmarktpolitik

DIE LINKE fordert eine Arbeitsmarktpolitik, die gute Arbeit und faire Löhne sicherstellt. Ein gesetzlicher Mindestlohn und Maßnahmen gegen prekäre Beschäftigung sollen dazu beitragen, dass Familien ausreichend Einkommen haben, um ein gutes Leben führen zu können.

2. Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass Eltern künftig wieder frei entscheiden können, ob sie ihre U3-Kinder selbst betreuen oder in einer Krippe betreuen lassen, statt sie durch einseitige Finanzierung der Krippenbetreuung auf diesen Weg zu drängen?

Für uns ist klar: Um die Entwicklung aller Kinder ab Geburt bestens zu fördern und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu gewährleisten, werden wir Angebote der frühkindlichen Bildung kostenlos, verlässlich und in hoher Qualität für alle Familien zur Verfügung stellen. Dazu setzen wir nach der Wahl folgende Projekte und Maßnahmen um:

- Krippe, Kita, Hort und alle Ganztagsbetreuungsangebote müssen sofort für alle Kinder kostenfrei werden, um den Zugang zu Bildung für alle Kinder zu sichern. Ein finanzierbares Modell zum Ausgleich der Einnahmeausfälle der Kommunen haben wir bereits entwickelt und werden es sofort im Kitagesetz verankern.
- Dem akuten Personalmangel werden wir mit einer Fachkräfteoffensive begegnen, u.a. durch den Ausbau von Ausbildungs- und Studienkapazitäten und die Verbesserung der Ausbildungsqualität. Die Ausbildung für Erzieherinnen und Erzieher, Heilpädagoginnen und -pädagogen und Heilerziehungspflegerinnen und -pfleger werden wir kostenfrei gestalten und vergüten – zunächst über ein befristetes Landesprogramm. Für eine entsprechende dauerhafte Regelung auf Bundesebene werden wir uns einsetzen. Quereinsteigende sollen in den ersten zwei Jahren nicht mehr auf den Personalschlüssel angerechnet werden.
- Wir werden die Kommunen beim notwendigen Ausbau von Kitaplätzen unterstützen, indem wir das Kommunale Investitionsprogramm (KIP II) zur Förderung von Bau- und Ausstattungsinvestitionen in Kindertageseinrichtungen fortsetzen und bedarfsgerecht aufstocken.
- Egal, wie sich die Geburtenzahlen entwickeln: Wir werden keine Kitas und Schulen schließen. Gerade dann ist es geboten, diese Situation für die Verbesserung der Qualität zu nutzen.

3. Was halten Sie von der gegenwärtigen „Lohnersatzfunktion“ des Elterngeldes, die die Betreuung eines Kleinkindes wie Krankheit oder Arbeitslosigkeit behandelt, statt als Arbeit zu betrachten? Nach unserer Überzeugung ist die elterliche Kinderbetreuung als eine Arbeit anzusehen, die heute

aufgrund unserer Rentengesetzgebung allen ehemals Erwerbstätigen zugutekommt und deshalb mit einem für alle gleichen Lohn abzugelten ist statt durch einen vom vorangegangenen Erwerbslohn abhängigen „Lohnersatz“.

Wir teilen Ihre Auffassung, dass die elterliche Kinderbetreuung als eigenständige und wertvolle Arbeit anzuerkennen ist. Die aktuelle Elterngeldpraxis spiegelt die gesellschaftliche Haltung wider, elterliche Betreuung nicht als eigenständige und gleichwertige Arbeit anzukennen, was wir kritisieren. Wir setzen uns dafür ein, die elterliche Betreuung als vollwertige und gesellschaftliche relevante Care-Arbeit anzuerkennen.

Wir unterstützen die Idee, elterliche Kinderbetreuung durch ein einheitliches Entgelt anzuerkennen, unabhängig vom vorherigen Erwerbseinkommen. Ein für alle gleicher Lohn würde die Wertschätzung und Bedeutung dieser Arbeit widerspiegeln und dazu beitragen, soziale Ungleichheiten zu reduzieren. Ein solches Modell könnte in Form eines „Elternlohns“ gestaltet werden, der allen Eltern während der Betreuungszeit ein festes Einkommen garantiert.

Die elterliche Betreuung soll nicht nur während der aktiven Betreuungszeit finanziell anerkannt, sondern auch in der Rentenberechnung stärker berücksichtigt werden. Wir setzen uns dafür ein, dass Zeiten der Kindererziehung umfassender in der Rentenberechnung anerkannt werden, um sicherzustellen, dass Eltern im Alter eine faire und ausreichende Rente erhalten. (Siehe Antwort auf Frage 2).